

Folgen von Fukushima

Die Zahl bisher entdeckter Schilddrüsenkrebsfälle steigt in Japan weiter an

Die Zahl bisher entdeckter Schilddrüsenkrebsfälle in Japan seit der Katastrophe von Fukushima ist hoch, stellt die deutsche Sektion der internationalen Ärzteinitiative IPPNW in einer Mitteilung vom 6. Juni 2014 fest. Bei 50 japanischen Kindern in der Präfektur Fukushima wurden mittlerweile Schilddrüsenkrebs-Operationen durchgeführt. Das geht aus einem Bericht des Fukushima Health Management vom 19. Mai 2014 hervor. 39 weitere Kinder haben krebsverdächtige Biopsieergebnisse und müssen noch operiert werden. Es sei zu erwarten, daß die Zahl der Krebsfälle weiter steigen wird, da bislang erst für 78 Prozent der betroffenen Kinder Ergebnisse publiziert wurden und bei rund 400 Kindern mit verdächtigen Ergebnissen in den ersten Reihenuntersuchungen noch keine Folgeergebnisse vorliegen. Japanische Krebsstatistiken belegen in der entsprechenden Altersgruppe normalerweise eine Inzidenz von weniger als einem Schilddrüsenkrebsfall pro Jahr.

Für die IPPNW sind diese Ergebnisse besorgniserregend. Die Ärzteorganisation analysiert in einem am 6. Juni 2014 veröffentlichten Kommentar, wie der am 2. April 2014 veröffentlichte Bericht des Wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen für die Wirkungen der Atomstrahlung (UNSCEAR) die gesundheitlichen Folgen der Atomkatastrophe systematisch verharmlost. (Vergleiche auch Strahlentelex 656-657 vom 01.05.2014, S. 11-12.)¹

Basierend auf den im UNSCEAR-Bericht aufgeführten

kollektiven Lebenszeitdosen für die japanische Bevölkerung durch radioaktiven Niederschlag gehen die IPPNW-ÄrztInnen in den kommenden Jahrzehnten von circa 1.000 strahlenbedingten Schilddrüsenkrebsfällen und zwischen 4.300 und 16.800 weiteren Krebsfällen aus. „Vorhersagen können nur so gut sein, wie die Annahmen und die Daten, auf denen sie basieren“, stellt Dr. Alex Rosen, leitender Autor der Analyse und IPPNW-Vorstandsmitglied, fest. Diese müssten jedoch laut IPPNW auf Grund der folgenden Punkte als systematische Unterschätzungen angesehen werden:

- Die Validität der im UNSCEAR-Bericht aufgeführten Emissionswerte ist zweifelhaft.
- Es gibt ernsthafte Bedenken bezüglich der Berechnung der internen Strahlendosen.
- Es gibt keine verlässlichen Dosisberechnungen für die Arbeiter im AKW Fukushima.
- Der UNSCEAR-Bericht ignoriert die Strahleneffekte auf die Tier- und Pflanzenwelt. Die besondere Strahlenempfindlichkeit des ungeborenen Kindes wird nicht berücksichtigt.
- Nicht-Krebserkrankungen und genetische Effekte werden von UNSCEAR ignoriert.
- Der Vergleich von radioaktivem Niederschlag mit natürlicher Hintergrundstrahlung ist unzulässig.
- Die Interpretation der verfügbaren Daten durch UNSCEAR ist fragwürdig.
- Die von den Behörden veranlassten Schutzmaßnahmen werden falsch dargestellt.
- Schlussfolgerungen aus den Schätzungen der Kollektivdosen werden nicht präsentiert.

Laut UNSCEAR ist es angeblich „unwahrscheinlich, dass gesundheitliche Folgen in der Allgemeinbevölkerung oder der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter auf die radioaktive Strahlung durch den atomaren Unfall von Fukushima-Daiichi zurückzuführen sein werden“. Hierzu Rosen: „Selbstverständlich ist es nicht möglich, einen einzelnen Krebsfall auf einen spezifischen Auslöser zurückzuführen, da Krebserkrankungen kein Herkunftssiegel tragen. Doch allein die Zahl der bisher entdeckten

Atommüll

Leck in US-amerikanischem Atommüll-Salzbergwerk

Ein schleichender GAU findet derzeit in der Pilotanlage zur Lagerung von „schwach- bis mittelradioaktivem Müll“ WIPP, einem Salzbergwerk im US-Bundesstaat New Mexico, statt. Darauf machte jetzt der 81jährige franco-kanadische Physiker Hubert Reeves mit einem Artikel „Atomkraft – nein danke“ in der französischen Presse aufmerksam.² Er bezieht sich dabei auf die Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Nature“ vom 15.5.2014.³

WIPP (Waste Isolation Pilot Plant) bezeichnet ein Salzstock-Lager, in dem die militärischen Atomwaffenlabors, vor allem Los Alamos, ihre radioaktiven Abfälle deponieren. Bei dem Unfall am 14.2.2014 (einem Freitag) gab es unter Tage eine erhebliche Freisetzung von Plutonium und Americium. Über das Ventilationssystem gelangten angeblich nur geringe Mengen in die Umwelt, kontaminierten aber 21 Arbeiter, offenbar al-

Schilddrüsenkrebsfälle ist bereits unerwartet hoch. Die schrecklichen Folgen der Atomkatastrophe für zehntausende Familien auf ein statistisches Problem zu reduzieren ist unangebracht und ignoriert die vielen individuellen Schicksale der betroffenen Menschen.“

Der IPPNW-Kommentar zum UNSCEAR-Bericht (englisch) zu den Folgen von Fukushima sind zu finden unter www.fukushima-disaster.de/information-in-english/maximum-credible-accident.html

le, die zu der Zeit dort arbeiteten. Gegen 23 Uhr hatte es Radioaktivitätsalarm gegeben. Trotzdem ließ die Firmenleitung die Samstagsschicht am nächsten Morgen ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen zur Arbeit antreten.

Für die fragliche Nacht wurden im Bergwerk hohe Aktivitätswerte für Plutonium (700 Becquerel pro Kubikmeter Luft) und Americium (1.365 Becquerel pro Kubikmeter Luft) gemessen. Im Logbuch der Anlage ist ferner vermerkt, daß eine Stunde vor dem Radioaktivitätsalarm über Tage ein grüner Lichtschein und Geräusche („green burst“) im Bereich der Stromversorgung der Fabrik beobachtet wurden. Da sich diese „electrical substation“ in der Nähe von Abluftrohren des Bergwerks befindet, halten es Kritiker für möglich, daß große Mengen von Americium schon vor dem Alarm in die Umwelt gelangt sind, die zu einer lokalen Ionisierung der Luft und infolgedessen zu elektrischen Entladungen in der Umspannstation führten.

Als Ursache wird vermutet, daß mindestens ein Fass oder Behälter durch Wärmeentwicklung geplatzt ist. Bei weiteren

¹www.strahlentelex.de/Stx_14_656-657_S11-12.pdf

²http://www.lepoint.fr/invites-du-point/hubert-reeves/hubert-reeves-le-nucleaire-non-merci-14-06-2014-1836186_1914.php

³<http://www.nature.com/news/another-accident-waiting-to-happen-1.15214>

368 Fässern droht sich Ähnliches zu ereignen, da sie auf gleiche Weise konditioniert sind.

Das Lager enthält bereits 90.000 Kubikmeter „schwach- bis mittelradioaktiven“ Atom- müll (doppelt so viel wie in der deutschen Anlage Asse bei Wolfenbüttel), darunter 5 Tonnen Plutonium (wahrscheinlich 50 mal so viel wie in der Asse). WIPP ist seit 15 Jahren in Betrieb. Ein Unfall wie dieser hätte sich in 10.000 Jahren nicht ereignen dürfen, heißt es. Die Anlage wurde vorerst geschlossen; es werde Monate dauern, bis überhaupt das Ausmaß der radioaktiven Kontamination ermittelt ist.

Bei WIPP handelt es sich um ein Lager ähnlich der Asse, wobei die deutsche Region dem lieben Gott und den westlichen Alliierten danken darf, daß diese eine deutsche Atomwaffenproduktion nicht erlaubt haben. Will man ähnliche Probleme vermeiden, die schnell nicht mehr zu lösen sind, dann darf man mit der Rückholung der Atom- müll- fässer aus der Asse nicht noch 20 Jahre warten, sondern man muss das Problem sofort und ohne Zeitverlust angehen. Dazu müssen das Bundesumweltministerium und alle anderen mit dem Thema befassten Verantwortlichen als erstes aufgeweckt, aufgeschreckt und aufgescheucht werden.

Detlef zum Winkel ●

Atom- müll

Offenhaltungs- betrieb in Gorleben

Der gesamte Erkundungs- bereich I im Salzstock Gorleben wird von allen Betriebseinrichtungen und -anlagen ge- räumt, Bohrlöcher werden verfüllt und dann so abge- sperrt, daß dieser Bereich

nicht mehr betreten werden kann. Das erklärte Peter Hart, Leiter der Abteilung Nukleare Ver- und Entsorgung im Bundesumweltministerium, am Abend des 24. Juni 2014 auf einer öffentlichen Ratssitzung in Gartow, Kreis Lüchow- Dannenberg. Ein entsprechen- der Antrag auf Genehmigung des Hauptbetriebsplans für diesen „Offenhaltungsbetrieb“ im Salzstock Gorleben sei in Vorbereitung und werde kurz- fristig eingereicht.

„Was im ersten Moment wie eine positive Nachricht klingt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als die kostengünstige Variante bei der Offenhaltung Gorlebens als mögliches Atom- müll- endlager“, stellt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow- Dannenberg e. V. (BI) fest. Hart selbst erläuterte, daß 14 Varianten untersucht worden seien und betonte: „So haben wir uns für die Variante entschieden, die uns die größtmögliche Flexibilität erlaubt.“ BI- Sprecher Wolfgang Ehmke hält dagegen: „Wir fordern den Rückbau und die Verfüllung der Stollen und Schächte mit dem aufgehalde- ten Salz.“

Ungefähr zwei Jahre werde es dauern, bis alle Betriebseinrichtungen und Anlagen inklusive der Versorgungsleitung entfernt und die Tief- bohrlöcher verfüllt sind. Die Stollen im Erkundungsbereich I sollen demnach auch nicht mehr von Salzgestein freige- räumt werden. Die BI erinnert: Während der Zeit des Endlagermatoriums von 2000 bis 2010 wurden nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) 11.013 Tonnen Salz zutage gefördert und auf einer Salzhalde abgelagert. Das sogenannte Salz- haufwerk war als Folge des untertägigen Gebirgsdrucks angefallen, durch das Entfernen von losen Gesteinsstücken an Firsten und Stößen.

Der BI- Vorsitzende Martin Donat erklärte: „Letztendlich haben die Betreiber alles erreicht, was sie wollten. Alle

Optionen bleiben weiterhin offen. Deswegen beruhigt uns die Entscheidung für diese Variante gar nicht.“ ●

Göttingen, 19. Juli 2014

Herbstkampagne zur Atom- müll- misere

Trotz massiver Vorbehalte ist die „Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfälle“ nun eingerichtet. Ungeachtet des Hauptkritikpunktes, daß suggeriert wird, eine schnelle Lösung sei greifbar, obwohl das Problem im Ganzen überhaupt nicht erfasst ist, wird selbst in Kreisen der KritikerInnen zwar viel über die Kommission, aber kaum noch über Atom- müll gesprochen. Eine bundesweit angelegte Herbstkampagne soll das ändern. Deshalb lädt die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e. V. aus Salzgitter zum 19. Juli 2014 nach Göttingen zu einem ersten vorbereitenden Kampagnentreffen ein.

Während die „Berliner Atom- müllrunde“ ihre Gespräche eben erst beginnt, lagert der Atom- müll oftmals in prekärem Zustand seit Jahrzehnten über das ganze Land verteilt. Gehandelt werden müsste sofort und zwar allumfassend und nachhaltig, wird in der Einladung festgestellt. Die bisherige Strategie, Atom- müll von einem Irgendwo zu einem anderen Irgendwo zu schaffen (für den größten Teil dieser Abfälle soll das anscheinend so beibehalten werden) bietet da keine Lösung. Die Probleme werden räumlich und zeitlich einfach nur ausgelagert.

Die Herbstkampagne 2014 will den Fokus auf die einzelnen Atomstandorte richten, um den ganzen Umfang der Missstände in den Blick zu nehmen und die Politik zu verantwortlichem Handeln aufzufordern. Für den „Gesamtblick“ bietet

sich die Bestandsaufnahme Atom- müll, die im vergange- nen Jahr von Atomkritikern erstellt wurde, als umfassende Grundlage an. Sie wird im Herbst auch ins Netz gehen und dort als Atom- müll- report ständig erweitert, komplettiert und aktualisiert werden.

Um eine gesellschaftliche Diskussion zu entfachen, ist eine Aktions- Kampagne geplant, an der sich bundesweit Gruppen beteiligen. Anlässe sollen geschaffen werden, damit sich Menschen einerseits mit den Atom- müll- problemen an ihren Heimatorten auseinandersetzen, andererseits jedoch ein Bewusstsein dafür entwickeln, daß diese Einzelprobleme eng miteinander verflochten sind und gesamtheitlich betrachtet werden müssen. Das Ende der Kampagne sollen konkrete Forderungen markieren, um die Politik zu sofortigem und verantwortungsvollem Handeln zu zwingen. Gleichzeitig kann sie auch den Anfang einer breiten gesellschaftlichen Diskussion markieren, die für sich selbst steht und keine Stellvertreterdebatten benötigt.

Die Bestandsaufnahme Atom- müll der Atom- müllkonferenz hat aufgezeigt, daß mit der Verengung der Diskussion auf die Standortsuche für hochradioaktive Abfälle ein Großteil der vorhandenen Probleme ausgeblendet wird. Die Debatte im Rahmen des Standortauswahlgesetzes und der Atom- müll- Kommission wird sich in der jetzigen Form wieder als Irrweg erweisen, wird prophezeit. Wichtige Jahre für eine ernsthafte Diskussion über die möglichst sichere Lagerung von Atom- müll werden wahrscheinlich erneut vergeudet, während der Müll an vielen Standorten unbeachtet vor sich hinrostet.

I. bundesweiten Kampagnentreffen am Samstag, 19. Juli 2014, 11.00 Uhr, Ort: DGB Göttingen, Weender Landstraße 6, 37073 Göttingen.